
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion; Auswirkungen der Kürzungen bei den Städtebaufördermitteln

KSD 20112143

Stellungnahme der Verwaltung

Die Stadtverwaltung hat grundsätzlich Verständnis für den Spardruck, dem nicht nur die Kommunen, sondern auch der Bund ausgesetzt sind und waren, insbesondere in den Krisenjahren 2009 und 2010. Die von der Bundesregierung zunächst geplante Halbierung der Städtebaufördermittel ab dem Jahre 2011 von 610 auf 305 Millionen Euro wurde insoweit abgemildert, dass für das Jahr 2011 eine Kürzung der Städtebauförderung auf 455 Millionen Euro vorgenommen wurde. Bei den Kürzungen wird jedoch die Beschränkung auf rein baulich investive Maßnahmen im Teilprogramm „Soziale Stadt“ von der Stadtverwaltung kritisch gesehen. Deshalb wurde sowohl in Einzelstellungen als auch über den Städtetag der Bund aufgefordert, im Hinblick auf die soziale Stabilität in problematischen Stadtquartieren besonders auf die Bündelung von Maßnahmen der baulichen Erneuerung mit Maßnahmen der Bildung, der Integration und der Arbeitsplatzschaffung, den Gestaltungsspielraum für die Kommunen wieder zu erweitern.

Vor dem Hintergrund dieser Einschätzung beantwortet die Stadtverwaltung die Anfrage der SPD wie folgt:

Zu Frage 1:

Auswirkungen auf das Programm Sanierung und Entwicklung (SAN):

Die Stadtverwaltung erwartet keine negativen Auswirkungen infolge der vom Bund beschlossenen Kürzung der Städtebaufördermittel auf das Programm SAN (Sanierung und Entwicklung).

Auswirkungen auf den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE):

Die Stadt Ludwigshafen bekommt in der Förderperiode 2007 - 2013 Gesamtkosten für die Maßnahme Stadtumbaus der Innenstadt in der Höhe von 10 Mio Euro gefördert. Davon erhält die Stadt EU-Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von 5 Mio Euro (also 50% der zuschussfähigen Ausgaben) und das Land Rheinland-Pfalz beteiligt sich an der Finanzierung mit einem Anteil von insgesamt weiteren 30%, also 3 Mio Euro unter der Voraussetzung, dass die Stadt Ludwigshafen einen Eigenanteil von 20%, also 2 Mio. Euro einbringt. Bei den genannten Stadtumbaumitteln des Landes handelt es sich um Städtebaufördermittel.

Im vergangenen Jahr 2010 haben wir bisher knapp 200.000 Euro bekommen, davon sind rund 125.000 € EFRE und 75.000 € STU-Mittel.

Allerdings haben wir noch mehr Rechnungen eingereicht und es stehen noch Projekte aus, bei denen der Mittelabruf bei der ISB noch nicht bearbeitet ist. Es handelt sich für 2010 insgesamt um eine Fördersumme von rund 730.000 € Förderung, davon rund 456.000 € EFRE und 274.000 € STU-Mittel.

Für 2011 rechnen wir mit einer Fördersumme in Höhe von ca. 670.000 € insgesamt, davon 420.000 € EFRE und 250.000 € STU-Mittel.

Auswirkungen auf das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt:

In Ludwigshafen wird das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt in drei „reinen“ Sozialen Stadt-Gebieten umgesetzt: Oggersheim West, Mundenheim Südost und Westend (Westend ist nachträglich vom Stadtumbaugebiet überlappt worden). In West ist das Sanierungsgebiet fast deckungsgleich und außerdem „speist“ sich ein reines Sanierungsgebiet – Karolina-Burger-Straße – aus den Gebieten des SST-Programms. Somit werden uns in Ludwigshafen fünf Soziale Stadt Gebiete angerechnet.

Aufgrund der Kürzungen hat die Stadtverwaltung eine überschlägige Berechnung angestellt. Bricht man die Bundesmittel anhand des bisherigen Verteilungsschlüssels auf Rheinland-Pfalz und dann auf die teilnehmenden Quartiere herunter, so verbleiben ca. 100.000 Euro pro Quartier. Das ist die Größenordnung, die in Ludwigshafen pro Quartier für die Personalkosten, Mieten und Nebenkosten der einzelnen Quartier-Büros bisher aufgewendet wurden.

Das Antragsverfahren für 2010 hat mittlerweile ergeben, dass Oggersheim West von der ADD keine Fördergeldzusage erhielt, den Quartieren West, Westend und Mundenheim Südost jedoch je 100T Euro an Fördergeldern im Januar rückwirkend beschiedenen wurden, die damit für das Jahr 2011 wirken.

Zudem haben derzeit noch einige Quartiere Restgelder aus vorausgegangenen Bescheiden. Für Oggersheim West trifft es zu, dass aus diesen Restgeldern investive Maßnahmen umgesetzt bzw. angestoßen werden können. Bei den anderen Quartieren ist die Stadtverwaltung darauf angewiesen, dass auch Anträge für 2011 positiv beschiedenen werden. Derzeit liegen der Stadtverwaltung Aufforderungen vor, Anträge auf Fördermittel in Höhe von 150.000 Euro für West und 200.000 Euro für Oggersheim West zu stellen.

Investive Maßnahmen sind als Auftrag aus den Integrierten Handlungskonzepten durchaus weiterhin notwendig umzusetzen – so auch die Grundsatzentscheidung des Stadtvorstandes über die Zukunft der Programmumsetzung Soziale Stadt am 07.09.2010.

Zu Frage 2:

Die Stadtverwaltung hat bereits bevor Bekanntwerden der Kürzungen entschieden, das Quartier Westend zum 31.12.2011 zu beenden. Allerdings gibt es Überlegungen, ein Quartiersmanagement im Stadtumbaugebiet Süd zu installieren. Das Ministerium steht dem offen gegenüber. Außerdem befindet sich die Stadtverwaltung in Abstimmungsgesprächen, wer eventuell ein Quartiersmanagement für Westend – wenn vielleicht auch in anderer Form – übernehmen könnte. Es wäre in hohem städtischem Interesse, wenn bestehende Netzwerke im Sinne der Unterstützung für das Quartier

nicht wegbrechen würden. Deshalb wird eine Neuausrichtung über 2012 hinaus derzeit im Steuerungsteam von Soziale Stadt erarbeitet.

Im Übrigen wird die Stadtverwaltung die weiteren Entwicklungen auf Bundesebene verfolgen. Denkbar wäre auch, dass das Land Rheinland-Pfalz kompensatorisch eingreift, um die Stadt bei der Aufgabe der Sozialen-Stadt-Entwicklung zu unterstützen. Die Stadt Ludwigshafen kann die Kürzungen nicht auffangen, denn aufgrund der Haushaltsverfügung der ADD darf die Stadt freiwillige Leistungen nicht mehr umsetzen, wenn sie nicht unabweisbar und unabdingbar sind.